

«Wir können Terror nicht im Alleingang besiegen»

von Ph. Flück 20Minuten, 21. Januar 2015

Die EU plant eine gemeinsame Anti-Terrorstrategie – bislang ohne die Schweiz. Ob sie sich daran beteiligen soll, ist umstritten.

Wie kann man Europa vor dem Terror schützen? Diese Frage haben die Aussenminister der EU am Montag in Brüssel beraten. Gefordert wurde am Anti-Terror-Sondergipfel:

- eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten beim Austausch von Daten über Terror-Verdächtige.
- eine grössere Kontrolle über den illegalen Waffenhandel.
- und sogar die Gründung eines europäischen Sicherheitsdienstes.

Die Schweiz allerdings war bei diesem Treffen nicht dabei. Auch beim nächsten Zusammentreffen am 29. Januar in Riga dürfte die Schweiz fehlen.

«Der Terror macht nicht an Landesgrenze halt»

Dabei wäre es laut Kurt R. Spillmann, Experte für Sicherheitspolitik, äusserst wichtig, dass die Schweiz an solchen Treffen teilnimmt und mit der EU zusammenarbeitet im Kampf gegen den Terror. Er befürwortet eine stärkere Informationsübermittlung: «Der Datenaustausch ist notwendig geworden durch die Zunahme elektronischer Kommunikationsmittel.» Deshalb sei es wichtig, dass sich die Schweiz den Bedürfnissen der neuen Welt anpasse: «Auch beim Bankgeheimnis haben wir gemerkt, dass wir fortschrittlicher denken müssen.» Angst vor dem Verlust der Privatsphäre hat Spillmann keine: «Man muss eine klare Grenze ziehen, wann es um Freiheit und wann es um Sicherheit geht.»

Auch SP-Nationalrätin Evi Allemann hält die Zusammenarbeit mit der EU für unumgänglich: «Der Terror macht nämlich nicht an der Landesgrenze halt.» Den Terrorismus im Alleingang zu bekämpfen, wäre nicht nur wirkungslos, sondern auch gefährlich. Stattdessen müsse in europäischer Zusammenarbeit gegen die Islamfeindlichkeit und die Hasspropaganda vorgegangen werden.

Achtung Kontrollstaat

SVP-Nationalrat Thomas Hurter sieht im Moment dagegen keinen Handlungsbedarf: «In der Schweiz haben wir ohnehin schon einen hohen Sicherheitsstandard. Die Zusammenarbeit mit der EU, so wie sie bisher funktionierte, hat sich bewährt.» Man dürfe es mit der Informationsübermittlung nicht übertreiben, sonst laufe man Gefahr, die wirklichen Probleme nicht mehr zu erkennen. Auch dürfe man nichts an

Effizienz einbüßen durch die Zusammenarbeit mit der EU: «Oft ist das Risiko bei grossen Apparaten wie der EU grösser, dass sich die Arbeit verlangsamt», sagt der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates. Trotzdem müsse man achtsam bleiben. Die Attentate in Paris hätten ja gezeigt, dass Anschläge auch in unserem Umfeld möglich seien.

Stellungnahme des Bundes

Ob die Zusammenarbeit mit der EU intensiviert wird, kann das Justiz- und Polizeidepartement nicht sagen. Ein Sprecher verweist auf die Stellungnahme der Sicherheitsbehörden des Bundes. Laut dieser wird die internationale Zusammenarbeit als wichtigste Voraussetzung für die Bekämpfung des Terrorismus gesehen. Weiter funktioniere die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den europäischen Nachrichtendiensten wie auch mit Europol und Interpol schon jetzt einwandfrei. Dies sei vor allem möglich durch das Schengener Informationssystem SIS II, das auch den direkten Austausch mit einzelnen Ländern ermögliche.